



DIE GEBIRGSKANTONE

Regierungskonferenz der Gebirgskantone
Conférence gouvernementale des cantons alpins
Conferenza dei governi dei cantoni alpini
Conferenza da las regenzas dals chantuns alpins

MEDIENMITTEILUNG

GEGEN ÜBERHASTETEN ATOMAUSSTIEG

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) spricht sich gegen einen überhasteten Atomausstieg aus. Die sichere Stromversorgung der Schweiz ist von absolut fundamentaler Bedeutung und deshalb keinen unnötigen Risiken auszusetzen. Zudem löst der Ausstieg die Probleme der Wasserkraft nicht.

Bei Annahme der Ausstiegsinitiative müssen drei der fünf Kernkraftwerke bereits im nächsten Jahr abgeschaltet werden. Im Jahr 2029, wenn das letzte Kernkraftwerk vom Netz ginge, würden 40 Prozent der Schweizer Stromproduktion fehlen. Um die sichere Stromversorgung gleichwohl jederzeit garantieren zu können, wäre ein solcher Kraftakt zwingend mit wichtigen Massnahmen bei der Netzinfrastruktur und beim Zubau erneuerbarer Energien zu kombinieren. Leider erweisen sich diese in dieser kurzen Zeit als unrealistisch, weshalb von unnötigen Risiken Abstand zu nehmen ist.

Netzinfrastruktur nicht bereit

Die Ausserbetriebnahme grosser Kraftwerke zeitigt erhebliche Auswirkungen auf die Stromflüsse im Übertragungsnetz. Die Folge sind Netzengpässe, welche für die sichere Versorgung Risiken bedeuten. Um diese abzuwenden wäre bis Ende 2017 die erforderliche Netzinfrastruktur bereitzustellen. Hierfür müssten aber bereits heute sämtliche Baubewilligungen für die erforderlichen Leitungen vorliegen. Um namentlich Versorgungsengpässe in den Räumen Bern und Zürich abwenden zu können wäre eine umfassende Nutzung der im Wallis produzierten Wasserkraft erforderlich. Eine umgehende Realisierung der neuen 380-kV-Leitung Chamoson - Chippis sowie des erforderlichen Transformators in Chippis ist aber unrealistisch. Da sich Versorgungsschwierigkeiten in Ballungszentren leicht auf die gesamte Schweiz auswirken können, kann es nicht im Interesse unseres Landes liegen, entsprechende Risiken einzugehen.

Ersatz durch erneuerbare Energien im Inland nicht möglich - Dreckstrom-Importe als Konsequenz

Bei Annahme der Atomausstiegsinitiative müssten bis im Jahre 2029 insgesamt 22 TWh an Produktion ersetzt werden. Laut Potenzialstudie des Bundesamtes für Energie (BFE, 2012), welche der Energiestrategie 2050 unterlegt ist, liegt das Ausbaupotenzial der erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) bis 2050 bei rund 23,5 TWh. Die Ausschöpfung dieses Potenzials würde jedoch im Bereich der Sonnenenergie den Zubau einer Fläche an Photovoltaik-Anlagen im Umfange von 16'000 Fussballfeldern sowie im Bereich Wind den Bau von rund 1'000 Windturbinen erfordern. Zudem erweist sich die Realisierung der Geothermie-Potenziale zunehmend als sehr fraglich. Der Ersatz der durch den Atomausstieg wegfallenden Produktion durch inländische erneuerbare Energie erweist sich somit als Illusion. Der Produktionswegfall müsste in jedem Fall mit Stromimporten gedeckt werden. Der Verbrauch von Dreckstrom aus unseren Nachbarländern würde steigen. Dies wäre umweltmässig absurd und volkswirtschaftlich schädlich.

Ausstieg löst Probleme der Wasserkraft nicht

Hoffnungen, die Schweizer Wasserkraft könne von einem raschen Atomausstieg profitieren, erweisen sich bei genauer Betrachtung als trügerisch. Taktgeber an den europäischen Strombörsen ist der Kohlestrom. Solange dessen Subventionierung durch fehlende wirksame CO₂-Abgaben weiterdauert, wird sich der Strompreis nicht nachhaltig erholen. Bei einem Atomausstieg der Schweiz wäre ein Preisanstieg in sehr kalten Wintermonaten nicht auszuschliessen. Dies alleine macht die Wasserkraft aber nicht nachhaltig rentabel. Hierfür sind andere regulatorische Massnahmen erforderlich. Dies jedenfalls für solange, als die CO₂-Emissionen in der EU nicht auf das schweizerische Niveau angehoben und die immensen Subventionen für erneuerbare Energien in Deutschland und Atomstrom in Frankreich nicht abgeschafft werden.

Präsident: Staatsrat Dr. Christian Vitta
Generalsekretär: lic. iur. Fadri Ramming

Hinterm Bach 6, Postfach 658, 7002 Chur
Tel. 081 250 45 61, Fax 081 252 98 58
kontakt@gebirgskantone.ch
www.gebirgskantone.ch



Chur/Bellinzona 15. November 2016

Auskunftspersonen:

Dr. Christian Vitta, Präsident der RKGK: Tel: 091 / 814 39 14 dfc-dir@ti.ch

Fadri Ramming, Generalsekretär der RKGK: Tel: 081 / 250 45 61 fadri.ramming@bluewin.ch

Kurz-Portrait der Regierungskonferenz der Gebirgskantone

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) ist im Jahre 1981 gegründet worden. Heute gehören ihr die **Regierungen der Kantone Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Graubünden, Tessin und Wallis** an. Anfänglich beschränkte sich der Zweck der RKGK auf die Koordination von Fragen im Zusammenhang mit der Wasserkraftnutzung. Inzwischen ist der Zweck der RKGK ausgeweitet worden. Heute strebt sie die gemeinsame Vertretung aller gebirgsspezifischer Anliegen und Interessen im In- und Ausland an. Hierzu gehören insbesondere die Themen Raumordnung/Tourismus, Energie, Finanzen, Verkehr und Aussenpolitik (Zusammenarbeit mit den grenznahen Alpenregionen).

Die Fläche der sieben in der RKGK zusammengeschlossenen Kantone entspricht einem Anteil von 43% an der Gesamtfläche der Schweiz. In den RKGK-Kantonen leben rund 1 Million Personen oder 13% der Schweizer Bevölkerung. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte im Perimeter der RKGK beträgt rund 70 Personen pro Quadratkilometer (Schweiz: 176 Personen/km²).

Mehr unter: www.gebirgskantone.ch